

faß auch hinlänglich zur Geltung. Ob es nun immer die geschmackvollere oder die billigere Ausführung ist, die dem einen Druckhause die Aufträge en masse zuführt, während das andre nicht weiß, womit es die Karren füttern soll, das wissen wir ja auch zu würdigen. So lange es dem Prinzipal möglich ist, für 15 resp. 25 Pf. Ausschlag aus einem Tagwerk zwei zu machen, wird dieser Uebelstand nicht gemindert, geschweige denn beseitigt werden. Die Ueberstunden müssen so hoch berechnet werden, daß an einen Reingewinn nicht mehr gedacht werden kann, denn in demselben Moment, wo nichts mehr dabei herauspringt, fällt auch das Interesse daran. Warum wurde denn von der Arbeit an den ersten Feiertagen, als diese noch nicht gesetzlich beschränkt war, fast gar kein Gebrauch gemacht; vielleicht aus christlicher Liebe? Nein, weil die Ueberstunden an diesem Tage 85 Pf. Ausschlag erhalten und zwar nicht, weil sie anstrengender sind, sondern um sie zu vermeiden. Diese Thatsache dürfte schon genügen, den von mir gemachten Vorschlag anzuerkennen. Man befürchte nicht, daß sich die Ueberstunden, weil rentabler, noch vermehren werden. Der Unternehmer produziert nur, wenn er daran verdient, fällt dies fort, wird er nicht länger arbeiten lassen, selbst wenn ihn verblendete Gehilfen darum bitten sollten. Diese Erhöhung des Ueberstundenpreises würde zugleich ein Maßstab sein dafür, ob ein wirkliches Bedürfnis für dieselben vorliegt oder ob es sich nur um Unerfälllichkeit handelt.

Daß die Setzer die verkürzte Arbeitszeit haben, die Drucker aber nicht, liegt nicht daran, daß die Arbeit der Setzer weniger lukrativ sein soll als die der Drucker, sondern man hat sehr schlaue berechnet, daß man diesen halbständigen Ausfall durch Antreiben und verbesserte Hausordnungen schon wieder weit machen wird, was bei den Maschinenpenibler ist, wegen der damit verbundenen Maschinengefahr. Gewonnen haben wir aber beide nichts. Man möge doch den Nachweis führen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit mit den Neueinstellungen gleichen Schritt gehalten hat; und das ist doch die Haupttriebfeder unsrer Forderung. Diese Festlegung wird jetzt, in der „Aera der Harmonie“ (i. Weimar, Leipzig u. a. D.) subordinationwidrig erscheinen, wird sich aber trotzallem nicht wegleugnen lassen; es müßte sich denn kurz vor der nächsten Tarifrevision ändern. Die Kollegentreife mögen diese Frage eingehend diskutieren, hauptsächlich aber für kräftigen Anschluß der Druckerkollegen an den Verband sorgen, damit wir in kommenden Fällen ein kräftig Wort mitreden können. Hiermit muß sehr bald begonnen werden, da dem jetzigen Tarife, den letzten Vorkommissionen entsprechend, das ewige Leben nicht beschieden zu sein scheint. Die Agitation wird um so leichter sein, da die Wange von dem erhaltenen Schläge heute noch brennt und mit jedem Feiertage der Setzer von frischem zu brennen beginnt, obgleich man sich jahrelang eingebildet hat, die „lieben Kinder des Hauses“ zu sein. Mögen es sich die bereits bestehenden Maschinenmeistervereine zur Aufgabe machen, auch in anderen Städten für recht viele Neugründungen zu sorgen zum Vortheile des Verbandes und unsrer selbst, damit auch uns die verkürzte Arbeitszeit zu teil wird und zwar — ohne Nachtschicht.

Magdeburg.

R.-e.

Korrespondenzen.

Braunschweig. Infolge Anregung mehrerer hiesiger Kollegen fand am 9. August eine Maschinenmeisterversammlung behufs Gründung eines Maschinenmeistervereins statt, welche von 20 Kollegen besucht war. Kollege Thiele wies mit kurzen Worten auf den Zweck der Einberufung der Versammlung hin und schlug hierauf den Kollegen Bergfeldt als Tagespräsidenten vor, was einstimmig angenommen wurde. Mit der Führung des Protokolls wurde Kollege Thiele betraut und darauf dem Referenten Herrn Siebers-Hannover das Wort erteilt. Selbstler schilderte mit klaren Worten den Zweck und das Bestreben eines Maschinenmeistervereins, der sich streng auf gewerkschaftlichem Boden bewegt. Redner betonte unter anderm die Sonderabmachungen betreffend die Arbeitszeit der Maschinenmeister bei der diesmaligen Tarifbewegung, die er sehr tabelte, und forderte die Kol-

legen auf, danach zu trachten, daß sie dieselbe Arbeitszeit erhielten wie die Setzer, was in den meisten hiesigen Druckereien der Fall ist. Schließlich machte Referent noch auf das gebeliche Wirken des Hannoverischen sowie anderer Maschinenmeistervereine aufmerksam und bat die hiesigen Kollegen, sämtlich dem zu gründenden Vereine beizutreten. Der Vortrag wurde von der Versammlung mit größtem Interesse und Beifall aufgenommen. Auf die Anfrage des Kollegen Schmitz, ob auch Nichtverbändler dem Vereine beitreten könnten, wurde ihm von mehreren Seiten gesagt, daß, um die Kollegialität zu fördern, ein jeder Kollege, Verbändler oder Nichtverbändler, angenehm sei. Darauf wurde eine siebenköpfige Kommission, bestehend aus den Kollegen Bergfeldt, Thiele, Schmitz, Trautvetter, Thiele, Krake und Schulz, zur Ausarbeitung der Statuten gewählt, so daß wohl in nächster Zeit die eigentliche Gründung des Vereins stattfindet.

H. Chemnitz. Man sollte meinen, daß sich diejenigen, welche die Generalversammlung verlangen, unter allen Umständen mit den Beschlüssen dieser Versammlung zufrieden geben würden. Aber weit gefehlt! Man verfolge nur die verschiedenen Versammlungsberichte, in denen Generalversammlungsbelegierte referierten. Da wurde zum Teil an den Beschlüssen unseres Parlaments eine herbe Kritik geübt. Und warum? Nun, weil eben diese Beschlüsse nicht nach dem Geschnade der Opposition ausgefallen sind. Wenn ich der sogenannten Opposition auch nicht alle Berechtigung absprechen will, namentlich in Bezug auf den neugeschaffenen Tarif, so möchte ich ihr doch den Wunsch nahelegen, nun endlich einmal vor allem die Personenfrage außer Spiel zu lassen, da diese meines Erachtens von unsrer mittels Arbitration gewählten Vertreterin in Halle genügend ventiliert und zur Verabschiedung gelangt ist. Jeder Kollege sollte sich ein etgnes, objektives Urteil bilden und sich nicht dazu hergeben, Resolutionen durchzureden zu helfen, die zwar nicht weise thun, aber uns in den Augen unserer Gegner lächerlich machen. Auch der Versammlungsbesuch muß wieder ein besserer werden, damit nicht Minoritäten wie vor kurzem in Leipzig (ganze 200 Mann) sich als Herren der Situation ausspielen können. Für praktisch halte ich es ferner, wenn sich alle Kollegen samt und sonders die Einführung des neuen Tarifs recht angelegen sein lassen, um 1899 ein klares Bild darüber zu erlangen, in welcher Weise unsere Herren Prinzipale ihr gegebenes Wort betr. allgemeiner Einführung des Tarifs gehalten haben. Hieran wollen wir dann unsere weiteren Dispositionen treffen. In der Zwischenzeit dürfen wir aber auch nicht vergessen, unsere Reihen immer mehr zu stärken; denn nicht die starke Kriegsstaffe, sondern einzig und allein die große Zahl wohlbildigster Kämpfer wird uns bei einem event. Kriege zum Siege verhelfen. Daß wir in dieser Beziehung aber noch ein herbes Stück Arbeit vor uns haben, gibt wohl jeder Kollege ohne Bedenken zu. Der „dunklen Erde“ gibt es in Bezug auf unsern Verband in Deutschland noch genug. Darum auch ist es nötig, daß nunmehr die gegenseitige Bekämpfung innerhalb unsrer Organisation ein Ende findet. Unsrer Lösung muß sein: „Hoch der Verband!“

St. Garburg a. E. Eine gut besuchte Versammlung des Bezirks Lüneburg fand am 9. August in Uelzen statt. Nach Verlesung des Jahres- und Kaszenberichts erhielt Kollege Weber aus Hannover das Wort zur Berichterstattung über die Generalversammlung in Halle. Derselbe gibt ein ziemlich ausführliches Bild der Verhandlungen. Die große Zustimmung unter den Kollegen sei sehr erklärl, weil diese mit der jetzigen Bewegung ihr heiß ersehntes Ziel, den Neunstundentag, erringen zu können glaubte. Es habe sich aber im Laufe der Verhandlungen gezeigt, daß die begehrteste Stimmung der Kollegen nicht dieselbe geblieben war, als welche sie sich anfangs, gelegentlich des Leipziger Alarmsufes, gezeigt hatte. Die Nützige bei den Verhandlungen seien aus reiflicher Ueberlegung gesehen. Ohne Verhandlungen würde man auf keinen Fall mehr erreicht haben. Die Generalversammlung habe nun gesprochen und diesem Spruche müsse sich auch die Opposition fügen. Die folgenden Redner sprachen sich alle gegen die Tarifgemeinschaft aus und kritisierten die Taktik des Vorstandes. Die Bewegung sei zu einer ungünstigen Zeit eingeleitet, sie hätte gar nicht anders als in der sauren Gurkenzeit enden können, so daß schließlich die Generalversammlung, um die Gehilfenschaft nicht in einen aussichtslosen Kampf treiben zu lassen, alles sanktionieren mußte. Unter diesem Einbrude hätten auch die Wahlen zur Generalversammlung stattgefunden. Hingekommen sei noch, daß die Mitglieder vor der Abstimmung von den Verschlechterungen des Tarifs keine Ahnung hatten. Nicht einmal auf eine offene Anfrage in einer Versammlung sei Döblin mit der Wahrheit herausgerückt. Trotzdem es Thatsache war, habe derselbe behauptet, daß die Lehrlingsstala des Prinzipalstartes, das Minimum für Neuausgelernte usw. in den neuen Tarif aufgenommen seien. Wie sind diese Verschlechterungen überhaupt in denselben hineingekommen? Entweder ist auf Grundlage jenes Prinzipalstartes verhandelt und damit von unsrer Vertreterin in unterthänigster Weise das Hagenstein-Döblinsche Abkommen kopiert worden oder die Gehilfenvertreter haben ihre Zustimmung zu jenen Verschlechterungen gegeben. Mit 20 gegen 7 Stimmen wurde schließlich folgende Resolution angenommen: „Die heute in Uelzen tagende Bezirksversammlung verpflichtet sich, den neuen Tarif mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Einführung zu bringen. Trotzdem sie sich nicht mit der Tarifgemein-

schaft befreunden kann, stellt sie sich auf den Boden der Beschlüsse der Generalversammlung.“ — Die Berichte der einzelnen Rudrorte schilderten zum Teile sehr verbesserungsbedürftige Verhältnisse. Der neue Tarif ist eingeführt in ganzen Bezirk in drei Druckereien und zwar hier durch die Nachstellung der organisierten Gehilfen. Von den vielgepriesenen Segnungen der Tarifgemeinschaft ist also noch nichts zu verpüren. — Als Termin für die Einführung des auf der vorigen Bezirksversammlung beschlossenen Corr.-obligatoriums wurde der erste Oktober bestimmt, für die Krankenzuschußkasse eine Karenzzeit von dreizehn Wochen eingeführt und als Ort der nächsten Bezirksversammlung Lühnow gewählt.

H. V. Karlsruhe. Am 8. August fand dahier eine von 150 Kollegen besuchte allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, um zur Einführung des neuen Tarifs Stellung zu nehmen, welcher erst in einer Druckerei (Babische Verlagsdruckerei, Landesbote) seit 1. Juli Eingang gefunden hat. Die Berichte der einzelnen Personale, die in letzter Woche nochmals mit den Prinzipalen unterhandelt hatten, waren wenig befriedigend, da alle Prinzipale einen teils ablehnenden Bescheid gaben, teils eine Zusage von der Bewilligung anderer Geschäfte abhängig machten. — In der Berichterstattung folgten Debatte und die Kollegen ihrem Mißmut über die Stellungnahme der hiesigen Prinzipale unterhohem Ausdruck und es fand folgender Antrag mit einigen Stimmhaltungen Annahme: „Die am 8. August versammelten 150 Buchdruckergehilfen Karlsruhe beauern das ablehnende Verhalten der Prinzipale gegenüber der Einführung des Tarifs. Sie beauftragen die örtliche Tarifkommission, über die Lage am Orte sofort dem Gehilfenvorsitzenden Kollegen Gieseke und dem Verbandsvorstande Bericht zu erstatten. Sodann sind in nächster Woche Druckereiverfassungen abzuhalten. Weitere Schritte sind der örtlichen Tarifkommission und dem Verbandsvorstande vorbehalten und sofort einzuleiten.“ Aus der Stimmung der Versammlung war zu entnehmen, daß man mit Ernst gewillt ist, eventuell für die Forderung mit der nötigen Energie einzutreten. Die Intervention des Tarifauschusses soll als letzter Weg zu einer friedlichen Verständigung gelten.

Weimar. Da bis jetzt noch keine Stille über den Ausstand in der Druckerei der Weim. Neueit. Nach- weder von seiten der Beteiligten noch sonstigen Interessenten im Corr. zu sehen, obwohl bereits vier volle Wochen darüber hingegangen sind, so hält es Einsender endlich an der Zeit, die Kollegenschaft über den Zweck der Arbeitsniederlegung aufzuklären. Etwa vierzehn Tage vor derselben wurde der Geschäftsführer wiederholt in Rede stehenden Offizier der neue Tarif zur gefl. Durchsicht mit dem Ersuchen um Einführung vorgelegt, jedoch auf wiederholte Erinnerung nur die ausweichende Antwort gegeben, daß das Geschäft eine Lohnaufbesserung bezw. Besserstellung der Gehilfenschaft in Aussicht auf die Geschäftsfrage nicht zugehen könne. Dabei nahmen die Vorzeleuten in Bezug auf Arbeitsleistung usw. überhand, so z. B. stellte der Geschäftsführer wiederholt das Ansuchen an das Personal, den geleisteten Satz anzustreichen, damit er erleben könne, was jeder leiste; er erhielt hierauf den Bescheid, daß er doch dann berechnen lassen möchte, womit er sich allerdings ebenso wenig einverstanden erklärte, als er zugab, die Mehrleistungen über Minimum zu honorieren. Dieser „gute Rat“ ging, wie er bei einer Gelegenheit selbst zugab, von einem Konkurrenten, einem eifrigen Verbandsgegner, aus, von welchem sich das Geschäft überhaupt ganz und gar lenken und leiten ließ. Die dem Herrn ist es auch zu verdanken, daß es zum Ausstande kam. Am Tage vor demselben gab der Herr Geschäftsführer Ehrlich (früherer Gymnasiallehrer) in erregter Weise dem Redakteur des politischen Teiles über einen vermeintlich vorgekommenen technischen Fehler — welcher überhaupt kein Fehler ist, denn es handelte sich um eine bei Wert- und Setzungssatz gar nicht zu vermeidende Neuzerkläreit — in schroffster Form Ausbruch und bekräftigte seinen Tadel dadurch, daß er von einem bewährten Fachmanne — nebenbei gesagt nur Buchhändler — darauf aufmerksam gemacht worden sei. Selbstverständlich wurde ihm vom Redakteur reiner Wein eingeschönt. Kurz darauf hatte er einen Streit mit dem Inzeratensetzer, von welchem er ebenfalls gebührenden Bescheid erhielt, worauf dem letztern der Auftrag erging, dem Personale mitzutellen, daß er solche Leute nicht mehr brauchen könne, es sei ja eine „wahre Revolution eingetreten“. (Das ausgegebene Flugblatt weist allerdings einige Wortfehler auf, die wir in der Eile übersehen hatten.) Er wolle uns beim Gewerbergericht auf Schädigung verklagen und sofort nach Erfurt, Jena, Apolda beschickern, um sich alsbald andres Personal zu beschaffen. Da den Setzern dieser Auftritt denn doch etwas zu gesudt erschien, wandten sich drei beauftragte Kollegen an die Besizerin der Druckerei, Frau Eisenbahndirektor Unruh, um über den Austritt ihres Geschäftsführers ihre Meinung zu hören, läugneten sich jedoch, da sie nicht nur durch das Dazwischentreten des Geschäftsführers dessen Behauptung aufrecht erhalten sahen, sondern auch noch seitens der Frau Prinzipalin mit Beleidigungen und Verdächtigungen überhäuft wurden, indem sie dem Gesamtpersonale den Vorwurf machten, dasselbe habe einem Gegner in einem Prozesse Zutragdienste geleistet. Beweise für diese Behauptung vermochte sie freilich nicht zu erbringen. Die Neuzerlegungen des Geschäftsführers sowohl wie die Beleidigungen der Besizerin berechtigten nun

zwar das Personal zum sofortigen Aufhören (§ 124 der G.D.), jedoch ließ sich dasselbe auf besonderes Zureden des Redakteurs, des früheren Gymnasiallehrers Dr. Emil Kändler, und unter dem Versprechen, daß die Angelegenheit des Abends beigelegt werden solle, beibehalten, die Arbeit fertig zu stellen, betrachtete aber das Arbeitsverhältnis als gelöst und beschloß, bei einem eventuellen Neuenagement verschiedene Forderungen aufzustellen, vor allem die Einführung des neuen Tarifs und das Befahren sämtlicher Kollegen in ihren Stellungen. Darauf ging jedoch die Geschäftsleitung nicht ein, sondern erklärte rundweg, sich vor Sonntag zu keiner Erklärung entschließen zu können. Mittlerweile war bereits ein Inserat ausgesandt, laut welchem acht Nichtverbändler gesucht wurden. Hierdurch war die Neuerung bestätigt, welche i. B. von dem Geschäftsführer einem Kollegen der Offizin gegenüber gethan wurde, daß er mit den Verbändlern tabula rasa machen werde, weil dieselben ihm zu halbsüchtig und widerspenstig erschienen. Der weitere Verlauf der Klageverhandlungen ist ja zur Genüge bekannt. An Stelle der sieben Verbändler traten zehn Nichtverbändler. — In Nr. 30 des Typographen wird von einem hiesigen Korrespondenten, dessen Name und frühere Verbandsangehörigkeit zur Genüge bekannt ist, der hiesigen Verbandsleitung der Vorwurf gemacht, daß sich dieselbe „mit der Wahrheit nicht so recht an den Tag traute usw.“. Die Verbandsleitung hatte genügenden Grund, von einer speziellen Veröffentlichung betr. Angelegenheit abzusehen; da ihr die neugagierten „Auch-Kollegen“ dem Namen und der Leistung nach von Erfurt, Apolda und Halle hinreichend bekannt waren, konnte man vermuten, daß doch noch eine Aenderung zu Gunsten der ausstehenden Kollegen erzielt werden könne. Jedoch ist man jetzt nach dem enormen Abgange der Abonnenten betr. Blattes zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine Einstellung von Verbändlern doch nur für kurze Zeit möglich sein würde. Der Vorwurf, der die Verbandsleitung trifft, ist also entschieden zurückzuweisen. Daß die „armen Kollegen“ vor dem Gewerbegericht so bitter gekränkt wurden, daran ist eben nur die „Gerechtigkeitsliebe“ der Arbeitgeber ihren Arbeitern gegenüber schuld. Das hat sich alles voll und ganz in den Verhandlungen erwiesen.

Baugen. Laut Bericht aus Zittau in Nr. 93 liebte es dem Kollegen Golbs, einen am hiesigen Orte vorgekommenen Vorfall anlässlich der Wahl der Delegierten zur Generalversammlung in der von ihm in der letzten Zeit bekannten Weise zu verwerfen. Zur Richtigstellung sei der thatsächliche Vorgang mitgeteilt: „Kurz nach der Wahl in der Offizin Monie erschien das Flugblatt einer Anzahl Dresdener Kollegen, welche, um eineerspaltung der Stimmen für die Tarifgemeinschaft zu vermeiden, drei Kandidaten empfahlen. Infolge dieses Rituals haben nun einige Kollegen in meiner Abwesenheit (dies wurde in der Versammlung ausdrücklich von einem der Betreffenden betont) ihre Stimmzettel wieder an sich genommen. Auf Grund dieses Vorkommnisses war natürlich die Wahl ungültig und wurde sofort eine Neuwahl vorgenommen.“ Dies der ganze Sachverhalt. Kollege Golbs hat nun diesen Vorfall in der Versammlung in Zittau in der ausgiebigsten Art und Weise benützt, um Stimmung gegen die Anhänger der Tarifgemeinschaft zu machen. Daß wir Baugener dabei nicht zu kurz weggekommen sind, ist selbstverständlich. Bezeichnend für die Handlungsweise Golbs' ist es, daß er den Vorfall, welcher noch nicht genügend aufgeklärt war (die Debatte über diesen Punkt wurde einstweilen der vorgedachten Zeit wegen, andernteils weil einige Beteiligte nicht zugegen, bis zur nächsten Versammlung vertagt), als Haupttrumpf in Zittau benutzte. Das nennt man seitens der Dresdener Opposition „ehrliche Kampfweise“. Wenn Golbs in Zittau seinen Unwillen auch über den hiesigen Kollegen aussprach, der sich erlaubt hatte, das Verhalten eines Teiles der Dresdener Opposition zu kritisieren, so ist dies nur bezeichnend für den Gerechtigkeitsinn desselben, der wohl das Recht für sich in Anspruch nimmt, jede Handlung seiner Gegner in den Staub zu ziehen, dem Gegner aber das Recht der Kritik abspriecht. Wenn dann ein Redner, nach Ansicht des Berichterstatters, als zutreffend erklärt: „daß von Baugen nichts Besseres zu erwarten sei, und man sich nicht zu wundern brauche, daß dort derartige Sachen geschehen“, so muß ein solcher Vorwurf entschieden zurückgewiesen werden. Von einem anständigen Menschen erwartet man, daß er, wenn er jemand beschuldigt, dies auf Grund von Beweisen thut. Wir fordern den betr. Redner sowohl wie auch den Verfasser des Berichtes auf, ihre Beschuldigung im Corr. zu beweisen. Nur heraus mit der Sprache, du manneswürdige Zittauer Opposition! Heraus mit Eurer Weisheit! Wir fürchten die Wahrheit nicht! Wir lassen das Ehrenschloß der Mitgliedschaft Baugen nicht befudeln! So lange die Herren nicht vollständige Beweise bringen, bezogene ich die Neuerung als infame Verleumdung. Im Auftrage der Mitgliedschaft Baugen: G. Willmann Vertrauensmann.

Rundschau.

Buchdruckerei und Verwandtes.

Die Gültigkeitsdauer des neuen Tarifs macht der Parteipresse und vielen anderen Arbeitern anscheinend weit mehr zu schaffen als den Buchdruckern selbst; auch die Magdeburger Volkstimme läßt sich für deren,

davor zu warnen, „daß die ganze Gehilfenorganisation auf fünf Jahre lahmgelegt, ihre Widerstandskraft geschwächt wird, um einen Tarif einzutauschen, dessen Verbesserungen nur einem verschwindend kleinen Teile der Mitglieder zu gute kommen“. In diesen Varianten findet sich dieser Satz anderwärts wieder, so daß wohl in den meisten Fällen nur die Schere, nicht der Kopf des betreffenden Redakteurs arbeitete. Vor allem wollte man doch nicht schon nach vier Wochen Gültigkeit ein abschließendes Urteil über unsere Arbeits- und Lohnbedingungen fällen, auch die hier oder dort ausgebrochenen lokalen Differenzen berechtigen nicht dazu. Im übrigen haben die Buchdrucker in ihrer Gesamtheit und allein darüber zu entscheiden, ob die für ihren Beruf gewöhnlichen Einrichtungen behalten oder wieder abgeändert werden. Als am 1. Juli die Tischler Leipzigs sich mit ihren Prinzipalen über einen Tarif verständigt hatten, wobei die Bestimmung getroffen wurde, „daß eine einseitige Lösung des Tarifs von keiner Seite erfolgen darf“, da hat weder die den Buchdruckern so zugewandene Leipziger Volkszeitung noch eine andere Zeitung auch nur ein Wort der Kritik über diesen „ewigen“ Tarif gehabt. Wir machen den Tischlern keinen Vorwurf, sie müssen selbst wissen, wie damit fertig zu werden ist, aber auch wir Buchdrucker verlangen mit dem gleichen Maße gemessen zu werden.

In der am 15. August abgehaltenen Sitzung des Gewerbegerichts zu Leipzig kam die Klage der 21 unabhängigen Kollegen der Druckerei Hirschfeld zur Verhandlung. Die betreffenden Kollegen haben, als nach wiederholter Vorstellung beim Prinzipale der neue Tarif nicht zur Einführung gebracht wurde, eines Tages die Arbeit niedergelegt, in dem guten Glauben, daß sie laut der Hausordnung, welche die Bezahlung nach dem vom Deutschen Buchdrucker-Bereine anerkannten Tarife vorschreibt, zur pöblichen Arbeitsniederlegung berechtigt seien. Vor dem Gewerbegericht klagten nun jene 21 Mann ihre Forderungen in Gesamthöhe von gegen 200 Mk. ein; die Beklagte hingegen machte einen Schadenersatz in Höhe von 400 Mk. geltend und fügte noch hinzu, daß diese Summe eine noch zu niedrige sei, denn dadurch, daß jetzt die Drucker dem Verbanne geperrt und es infolgedessen schwer halte, Arbeitskräfte zu bekommen, sei der Schaden noch höher zu veranschlagen, welche Ansicht der Firma auch vom Herrn Weisiger Mann vollkommen geteilt wurde. Charakteristisch für unsere Prinzipalität sind die Gründe, mit welchen die beklagte Firma das Vorgehen der Arbeiter, die Bezahlung des neuen Tarifs zu erlangen, als ungerecht hinzustellen suchte. Wenn der Deutsche Buchdrucker-Berein, ebenso die Leipziger Innung, so führte Herr Hirschfeld aus, den Mitgliedern die Einführung des neuen Tarifs empfehle, so sei damit keineswegs eine Rechtsverbindlichkeit ausgesprochen, daß dieser neue Tarif nun auch den Arbeitern bezahlt werden müsse. Der Deutsche Buchdrucker-Berein wie die Leipziger Innung hätten keineswegs daran gedacht, den Zwang in Anwendung zu bringen, wenn der Prinzipal den neuen Tarif nicht bezahlen wolle. — Diese famose Auslegung wurde seitens des Herrn Mann mit einem heifälligen Kopfnicken begleitet; selbst der Arbeitnehmerbeisitzer, der Seger Meinschert, konnte sich nicht aufschwingen, den Herren des Gewerbegerichts das Wesen und die Bedeutung des neu vereinbarten Tarifs klarzulegen. Gerade hier, einer Firma gegenüber, welche notorisch den alten Tarif noch nicht bezahlte, wäre es notwendig gewesen, dem Herrn Hirschfeld den Standpunkt klar zu machen. Im Vergleichswege wurde dann erklärt: Die Firma verzichtet auf alle Schadenersatzansprüche (die Arbeiter waren des Kontraktbruchs geziehen) und zahlt den Arbeitern 30 Proz. ihrer Forderungen heraus. Das Arbeitsverhältnis gilt als gelöst und ist dem unabhängigen Personale bei anderweitigem Konditionsangebote nichts mehr in den Weg zu legen. — Wir möchten aber wünschen, daß die Innung Leipziger Buchdruckerbeisitzer die schwarzen Listen außer Kurs setzt, nachdem die Anwesenheit ihrer Erledigung gefunden hat.

Das Berliner Gewerbegericht hatte sich in einem anderweiten Termine (s. Nr. 95 des Corr.) abermals mit der Druckereigesellschaft Wilhelmia zu befassen. Diesmal klagten 10 Seher auf Lohnentschädigung wegen unberechtigter Entlassung. Das Gewerbegericht beharrte auf seiner in Nr. 95 mitgeteilten Ansicht betr. Ausgang der Arbeitsordnung und fügte noch bei, daß die Arbeitsordnung über dem Tarife stehe, weil dieser nur eine private Vereinbarung sei, welche „öffentlich rechtliche Bestimmungen“, als welche eine Arbeitsordnung zu betrachten sei, nicht außer Kraft setzen könne. Uebrigens stehe im Tarife: „soweit nicht ein anderes Uebereinkommen getroffen sei“, ein solches liege aber in der Arbeitsordnung vor. Da die Kläger nicht einsehen wollen, daß ein Prinzipal den Tarif anerkennt, ihn dann aber durch seine Arbeitsordnung wieder aufhebt, so werden sie eine landgerichtliche Entscheidung herbeiführen. Die Gehilfen werden in jedem Falle gut thun, sich bei Antritt eines Arbeitsverhältnisses die Arbeitsordnung genau anzusehen.

Die Firma C. Baensch jun. in Magdeburg geht für das Recht, Anschlagstulen zu errichten und die Transformatorstulen als solche zu benutzen, welches ihr bis zum 30. Juni 1902 übertragen wurde, jährlich 5000 Mark an die Stadt und 1000 Mk. an das Elektrizitätswerk.

Unerquickliche Verhältnisse in verschiedenen, deutsche Seher beschäftigenden Druckereien in London haben jetzt endlich dahin geführt, die hiesigen deutschen Kollegen

in nähere Verbindung zu bringen. Seit einigen Wochen versammeln sich dieselben regelmäßig in ziemlicher Anzahl, um über ihr ferneres Wohl und Wehe zu diskutieren und bestehende Uebelstände abzusprechen oder wenigstens ihnen ein Paroli zu bieten resp. den Vorstand der Londoner Sehergesellschaft um Remebur zu ersuchen. Leider sind es auch hier nur die jüngeren Kollegen, welche Hand anlegen, denn den länger hier ansässigen scheint mit wenigen rühmlichen Ausnahmen aller kollegialische Geist abhanden gekommen zu sein. Trotzdem hoffe ich in einigen Wochen im Stande zu sein, über die Gründung einer Vereinigung der hiesigen deutschen Kollegen berichten zu können, welche es sich zur Aufgabe machen wird, den kollegialischen Geist zu pflegen und unsre Besserstellung zu fördern. Der Unterstützung von Seiten des Vorstandes der Londoner Sehergesellschaft können wir uns versichert halten und durch festes Zusammenhalten könnten wir auch ohne die Mithilfe der „Atem“ sehr viel erreichen. Also vorwärts auf dem beschrittenen Pfade! Dixio.

Dem Rückzug, einem Triester Gehilfenblatte, schreibt man aus Madrid, daß sich die Erwerbsverhältnisse der Buchdruckergehilfen in Spanien von Tag zu Tage verschlechtern. Das Gehlen jedweder thätigkeitslosen Gehilfenorganisation sowie der beschämende Indifferentismus der spanischen Kollegen überhaupt tragen die hauptsächlichste Schuld an den tristen Zuständen; ein fester Tarif, nach welchem die Entlohnung stattzufinden hätte, existiert nicht. Die Löhne werden von Seiten der Unternehmer von Fall zu Fall, d. h. nach Belieben festgesetzt. Beispielsweise zahlte in Madrid ein Prinzipal für je 100 Zeilen Nonpareille bis Korpus auf eine Breite von 15 bis 22 Cicero 1 Franken gleich 80 Pfennige!

Die Deutsch-Amerikanische Typographia verzeichnete im Juni d. J. 1988,46 Doll. und gab 1768,50 Doll. aus, darunter 478,49 Doll. für Arbeitslohn und Streiks.

In Buenos-Ayres streiken 2000 Schriftsetzer.

Bereine, Kassen usw.

Das Versammlungsrecht ist im Deutschen Reich je jedermann gewährleistet — wenn nicht irgend einer, der etwas zu sagen hat oder sich dies herausnimmt, Einwendungen dagegen macht. So war in Steine bei Oslau eine sozialdemokratische Versammlung angekündigt worden. Da verboten zunächst die Fabrikanten ihren Arbeitern, bei Androhung sofortiger Entlassung, den Besuch derselben und dann hielt der Amtsvorsteher eine Versammlung des Krlegervereins ab und drohte jedes Mitglied, das die Versammlung besuche, mit dem Ausschlusse. Die Versammlung fand trotzdem statt. Das mußte „gerochen“ werden, das Oper war der betr. ahnungslose Gastwirt. Als der Arbeiterverein von Oslau acht Tage später in demselben Lokal ein Tanzkränzchen abhalten wollte, fand eine Baukommission, daß der Saal sich baulich in einem vernachlässigten Zustande befinde; die Benutzung desselben wurde deshalb verboten. Als der Besitzer mittlerweile sein Geschäft verkauft und der neue Besitzer um Genehmigung zum Limbau einkam, da wurde ihm eröffnet, daß dies nicht nötig sei, es genüge eine Renovation — wahrscheinlich aber nur so lange, als der Besitzer sich die Arbeiter vom Leibe hält, denn Recht muß Recht bleiben.

Die Amtshauptmannschaft in Rochlitz verjagte dem sozialdemokratischen Wahlvereine für Burgstädt und Umgegend die Abhaltung eines Konzerts- und Tanzergnügens in Bäderdorf mit der Motivierung, das Vergnügen könne in Burgstädt abgehalten werden. In Burgstädt steht aber dem Vereine kein Lokal zur Verfügung.

Schwarzburg-Sonderhausen hat den übrigen deutschen Vaterländern in Sachen des Vereinsrechtes den Klug abgelaufen. Das Verbot der Verbindung politischer Vereine wird aufgehoben. Natürlich ist das Sicherheitsamt zu belassen worden, daß eine Versammlung verboten werden kann, wenn „Gefahr für die öffentliche Ordnung vorhanden“. Vereine von Arbeitern werden sich wohl nach wie vor besonderer Aufmerksamkeit zu „erfreuen“ haben.

Die Verlesung der Statuten eines neu zu gründenden Vereins in einem Restaurant zu Osirowo wurde als ein Vortrag in einer politisch nicht angemeldeten Versammlung angesehen und an dem Vorleser mit 30 Mk. bestraft.

Auch die Metallarbeiter hielten in London zur Zeit des allgemeinen Arbeiterkongresses eine internationale Konferenz, deren Hauptzweck die Berichterstattung der aus neun Ländern erschienenen 25 Delegierten war. Beschlossen wurde die Errichtung eines internationalen Auskunfts-Büreaus, das mit Hilfe von in jedem Lande zu ernennenden Vertrauensmännern halbjährlich einen Bericht über alles Wissenswerte aus dem Arbeitergebiete zusammenstellt und für geeignete Veröffentlichung dieselben Sorge trägt.

Eine internationale Konferenz der Schneider, welche in London stattfand und von 17 englischen, 2 amerikanischen, 3 französischen, 1 belgischen, 2 schweizerischen und 3 deutschen Delegierten besucht war, nahm eine Resolution gegen die Hausarbeit, insbesondere die Schwarzarbeit, an und bezeichnete die erforderlichen Mittel zum Zweck. Um die Forderungen durchsetzen zu können, wurde es als Pflicht jedes Berufskollegen bezeichnet, den bestehenden Gewerkschaftsorganisationen beizutreten. Ferner wurde die Errichtung eines internationalen Sekretariates beschlossen und dieses Amt der Frau Jettin in Stuttgart übertragen. Bei allen größeren Streiks und Ausperrungen sollen sich die Berufsgenossen der verschiedenen Länder finanziell und moralisch unterstützen. j

